

Resolution des Unterbezirksparteitags Köln vom 5.11.2022

Solidarität mit der Freiheitsbewegung im Iran – für Frauen- und Menschenrechte, gegen die brutale Unterdrückung von Frauen, LGBTIQ+, Minderheiten und Andersdenkenden im Iran

Bilder von iranischen Frauen, die sich ihre Haare abschneiden. Frauen auf den Straßen Irans, die sich den Hijab vom Kopf reißen und ihn zu Boden werfen, teilweise sogar verbrennen. In den letzten Wochen konnten wir diese Bilder in den sozialen Netzwerken sehen.

Am 13. September 2022 wurde die 22-jährige Jina „Mahsa“ Amini in Teheran auf offener Straße von der Sittenpolizei festgenommen und drei Tage später war sie tot. Jina Amini überlebte ihre Verhaftung nicht. Die Bilder von ihr im Krankenhaus zeigen deutliche Spuren von Gewalteinwirkung. Der Grund für die Festnahme? Angeblich trug sie den Hijab nicht ordnungsgemäß. Ordnungsgemäß – das heißt, dass keine Haare zu sehen sein dürfen. Ein paar sichtbare Haare, das allein ist im Iran Rechtfertigung für einen brutalen Mord an einer Frau.

Seither gehen Menschen in Massen im Iran auf die Straße und protestieren, obwohl sie um die Lebensgefahr wissen. Die Regierenden im Iran schlagen brutal zurück und nehmen dabei viele Todesopfer in Kauf. Laut Menschenrechtsorganisation Amnesty International beläuft sich die Zahl der getöteten Protestierenden und Trauernden auf mehrere hundert – darunter auch Kinder. Aus den Protesten ist mittlerweile eine revolutionäre Bewegung geworden, die ein Ende der Islamischen Republik Iran fordert.

Das Internet wurde gedrosselt, damit keine weiteren Videos über die sozialen Netzwerke geteilt werden können. Damit werden noch mehr Menschen in Gefahr gebracht. Besonders beschämend für uns: ein deutsch-iranisches Unternehmen mit Sitz in Deutschland hat das iranische Regime hierbei unterstützt.

Wir müssen uns in voller Solidarität an die Seite der mutigen Menschen im Iran stellen. Das Regime in Teheran muss geächtet werden und wir erwarten von unserer Bundesregierung und der EU, dass sie klare Haltung zeigt und sich dafür einsetzt, dass das brutale Vorgehen gegen Frauen, LGBTIQ+, ethnisch-religiöse Minderheiten und Andersdenkende im Iran endet.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Die Iran-Politik der Bundesregierung muss die Frauen- und Menschenrechte in den Fokus stellen. Dazu gehört, dass sie die Dokumentation der Menschen- und Frauenrechtsverletzungen durch UN-Organisationen und durch weitere unabhängige internationale Organisationen unterstützt, damit eine spätere juristische Verurteilung möglich wird und Frauen- und Menschenrechtsverletzungen lückenlos aufgeklärt werden können.

Die diplomatischen Beziehungen zur Islamischen Republik Iran müssen eingefroren werden, als Zeichen, dass die Bundesrepublik die brutalen Repressalien gegen die Protestbewegung in ihrem Ausmaß sieht und aufs Schärfste verurteilt.

- Mit Lobbyist:innen des iranischen Regimes darf nicht mehr zusammengearbeitet werden.
- Die Atomverhandlungen müssen ausgesetzt werden.
- Das Vermögen (inkl. Sachwerte) iranischer Einzelpersonen und Organisationen, die für die Gewalt gegen die Protestierenden verantwortlich sind/diese ermöglichen und erleichtern, muss eingefroren bzw. konfisziert werden. Dies betrifft auch in Deutschland ansässige Firmen, die dafür verantwortlich sind, dass Internet-Infrastruktur im Iran durch die Regierung eingeschränkt wird.
- Eine Sanktionspolitik, die vor allem die Zivilbevölkerung im Iran trifft, ist dagegen zu vermeiden.
- Die Ausweisung iranischer Staatsbürger:innen, die sich gerade in Deutschland aufhalten und Asyl beantragen, muss ausgesetzt und die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für iranische Staatsbürger:innen, die aus Iran flüchten, müssen erleichtert werden. Geschlechtsspezifische Gewalt und Verfolgung im Iran ist als Asylgrund anzuerkennen. Exil-Iraner:innen müssen in Deutschland zudem besser gegen Repressalien geschützt werden